



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Bürgerbeteiligung,  
Anregungen und Beschwerden**

Frau Möller

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: [julia.moeller@stadt-koeln.de](mailto:julia.moeller@stadt-koeln.de)

Datum: 30.06.2021

## Niederschrift

über die **4. Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 21.06.2021, 17:05 Uhr bis 17:37 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau  
**INFEKTIONSSCHUTZ:**

Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an! Das Tragen einer medizinischen Maske/FFP2 Maske ist vorgeschrieben.

## Anwesend waren:

### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Bezirksbürgermeister Manfred Giesen	GRÜNE
Herr Lars Wahlen	GRÜNE
Frau Birgit Bonk	Auf Vorschlag von SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Stephan Pohl	Auf Vorschlag von CDU
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Herr Robert Wande	Auf Vorschlag von FDP
Herr Manfred Kreische	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE

### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE	Vertretung für Frau Hölzing
------------------------	-------	-----------------------------

### Beratende Mitglieder

Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln
Herr Stefan Fischer	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Christiane Klingenburg-Steinhausen	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Dieter Schöffmann	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Dr. Dieter Brühl	Auf Vorschlag von SPD
Herr Norbert Plützer	Auf Vorschlag von SPD

Herr Heinz Klein	Auf Vorschlag von CDU
Frau Yvonne Kürpig	Auf Vorschlag von CDU
Frau Friederike Steinmetz	Auf Vorschlag von CDU
Frau Amina Krolow	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Pia Waldhof	Auf Vorschlag von Volt
Herr Andreas Albrecht	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Peter Mülhens	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Achim Schmitz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Bärbel Hölzing	Grüne
Herr Henk Benthem van	CDU

### **Beratende Mitglieder**

Frau Diana Finsterle	Auf Vorschlag von AfD
Frau Inge Fuhrmann	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Nils Beuthert	Auf Vorschlag von SPD
Frau Niuscha Arabi	Auf Vorschlag von FDP
Frau Sabine Kader	Auf Vorschlag von Die PARTEI
Frau Eugenie Rempel	Auf Vorschlag des Integrationsrates

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Abdullah Aydik	Auf Vorschlag des Integrationsrates
---------------------	-------------------------------------

**Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender**, begrüßt alle Anwesenden und heißt sie herzlich willkommen zur Sitzung.

Er kündigt an, dass der Tagesordnungspunkt 1.2. nicht behandelt wird, da der Petent nicht anwesend sein kann und die Verwaltung noch Klärungsbedarf in der Sache hat. Er fragt ob es Anmerkungen oder Änderungswünsche zu der vorliegenden Tagesordnung gibt. Da es dazu keine Meldungen gibt, ist die Tagesordnung somit beschlossen.

Er verfährt weiter und berichtet vom Ratsantrag AN/1414/2021 „*Änderung der Zuständigkeitsordnung, Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden*“, der am 24.06.2021 im Rat beraten wird und diesen

Ausschuss betrifft. Dieser Antrag möchte den Ausschuss stärken und seine Kompetenzen erweitern. Für die Bürgerbeteiligung soll ein politischer Ort für die Diskussion über Form, Strukturen und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und des ehrenamtlichen Engagements geschaffen werden. Der Ausschuss wird in der Beratungsfolge entsprechender Verwaltungsvorlagen stehen. Herr Derichsweiler möchte sich bei den vielen Kollegen, aber auch bei Herrn Dr. Höver und der Verwaltung, die hier mitgearbeitet haben, bedanken. Alle demokratischen Parteien stehen auf diesem Antrag und haben es möglich gemacht, dass hier ein gemeinsamer Vorschlag gemacht werden kann, der vermutlich am Donnerstag in einem breiten Konsens beschlossen wird. Er freut sich in diesem Gremium auch weiterhin Bürgereingaben zu beraten, aber auch mit den neuen Kompetenzen über Bürgerbeteiligung und ehrenamtliche Arbeit zu diskutieren.

Bevor er in die Tagesordnung einsteigt verpflichtet er **Herrn Dr. Brühl, SPD** und **Herrn Klein, CDU**, die als sachkundige Einwohner und **Frau Kürpig, CDU**, die als sachkundige Einwohnerin jetzt Mitglieder des Ausschusses sind.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 1.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Kostenlose Stadtbibliothek Köln“  
1009/2021
- 1.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Abstellen von Mietfahrrädern und dergleichen im öffentlichen Raum (Az.: 02-1600-14/21)  
1422/2021  
*zurückgestellt*

#### **2 Mitteilungen**

- 2.1 Schriftliche Mitteilungen
  - 2.1.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO - "Fragen und Anregungen zum Ausbau von 5G" - AZ 84/21 S  
2138/2021
  - 2.1.2 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Covid-19-Regelungen an Kindergärten und Schulen" - AZ 183/20  
2274/2021

2.2 Mündliche Mitteilungen

**3 Anfragen**

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

3.3 Anfragen aus früheren Sitzungen

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**5 Mitteilungen**

**6 Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

#### 1.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Kostenlose Stadtbibliothek Köln“ 1009/2021

**Der Petent** stellt sich vor, er ist Professor für Hotel- und Tourismusmanagement und seit seinem Umzug im Jahre 2017 nach Köln Mitglied der Stadtbibliothek. Er erläutert seine Eingabe, in der er eine kostenlose Stadtbibliothek für alle Bürger fordert. Die Bibliothek sei mit 2,4 Millionen Besuchern im Jahr die publikumsstärkste Kultureinrichtung Kölns und ein wichtiger Teil der sozialen Struktur der Stadt und der gesellschaftlichen Teilhabe. Abgesehen von der öffentlichen Bibliothek gebe es wenige „Dritte Orte“, die für alle offen seien und an denen man nicht konsumieren müsse, was er in einer Stadt wie Köln als besonders wichtig empfinde. Die Mitgliedschaft koste in Köln jährlich 38 € und sei damit eine der teuersten in ganz Deutschland. In Düsseldorf koste die Mitgliedschaft nur die Hälfte, in Berlin koste sie nur 10 €, in Großbritannien sei sie gebührenfrei. Auch in Salzburg, Frankreich und den USA würde die Mitgliedschaft zu 100 Prozent aus Steuergeldern finanziert. Oft würde argumentiert, man könne die Bibliothek kostenlos vor Ort nutzen, das reiche aus. Er aber frage sich, was sei, wenn man die Medien in Ruhe zu Hause nutzen wolle oder auf die digitalen Bestände wie E-Books, Streaming-Dienste, Datenbankzugänge, digitale Tageszeitungen, E-Learning- oder Onlinekurse zugreifen wolle. Dazu brauche man eine Mitgliedschaft, sonst sei man von der Teilhabe ausgeschlossen. Studien haben gezeigt, dass selbst eine geringe Gebühr die Nutzerzahlen deutlich verringere.

Sie Stadtbücherei hat 2019 durch die Beiträge 1,2 Millionen Euro eingenommen, was bei 2,4 Millionen Besuchern nur 50 Cent pro Besucher sind. Der Etat der Stadt Köln beläuft sich in den Jahren 2020 und 2021 jeweils auf 5 Milliarden Euro. 1,2 Millionen davon wären 0,024 Prozent des Etats. Mit nur 0,024 Prozent des Etats könne die Stadt Köln ein klares Zeichen für ihre stärkste Kultureinrichtung setzen und dafür plädiere er stark.

**Frau Galuschka, Verwaltungsleitung der Stadtbibliothek** seit 2015, stimmt dem Petenten zu. Die Leistungen und Angebote würden sehr genutzt und es seien tatsächlich mit die höchsten Beiträge in Deutschland. Seit der Festlegung habe sich viel geändert, es gebe viel mehr digitale Leistungen, die lizenzrechtlich gar nicht ohne Mitgliedsbeitrag nutzbar seien, was in die Kosten einfließt. Dieses Angebot kann man nicht mehr zurückschrauben, da die Nachfrage immer größer wird. Als demokratische Einrichtung möchte sie natürlich vielen Menschen die Angebote niederschwellig zugutekommen lassen, was nur mit dem hohen Mitgliedsbeitrag möglich sei. Außerdem seien heute viele Menschen länger in Ausbildung und Studium und hätten in dieser Zeit weniger Geld zur Verfügung. Wens sie morgens um 9.30 Uhr die lange Schlange vor der Bibliothek sehe, wisse sie, dass viele Menschen die Leistungen nutzen und den Ort nutzen, und mit Sicherheit würden viele Menschen eine Mitgliedschaft anstreben, wenn die Beiträge geringer wären oder ganz wegfielen. Daher kann sich die Stadtbibliothek es nur wünschen, aber das müsse die Verwaltung, insbesondere die Kämmerei entscheiden, ob man das Geld dafür hat. Sie würde sich eine Verringerung der Kosten für die Nutzer wünschen, aber sie wünsche sich auch, dass das Angebot nicht eingeschränkt wird.

**Herr Fischer, Die Grünen,** erklärt die Haltung seiner Fraktion, die große Sympathie für das Anliegen des Petenten habe und kulturelle Angebote wie Lebensmittel betrachte, die für alle erschwinglich sein sollten. Natürlich leuchte ihm auch das Gegenargument des kostspieligen digitalen Angebots in schwieriger Haushaltslage ein, daher wünsche er die Prüfung einer Gebührenstaffelung, einer weiteren Befreiung oder Reduzierung der Beiträge.

**Herr Erkelenz, CDU,** bedankt sich für die tolle Eingabe und erläutert, dass seine Fraktion grundsätzlich keines der guten digitalen Angebote einschränken wolle. Es gebe bereits Beitragsfreiheit für Kinder, Jugendliche und auch gestaffelte Beiträge für Köln-Pass-Inhaber u.a. Daher wolle er nicht generell die Beiträge abschaffen, sondern schlage vor weitere Ermäßigungen zu prüfen, wie z.B. ein Schnupperangebot für Erwachsene.

**Frau Bonk, SPD,** schließt sich für ihre Fraktion dem Vorredner Herrn Fischer an. Grundsätzlich stehe sie auch hinter finanzieller Barrierefreiheit für Bildung, betont aber auch, dass viele sich diese Beiträge leisten könnten. Für letztere sei es ein Schnäppchen, daher plädiere sie nicht generell für die Aufhebung der Gebühren, sondern dafür die Ermäßigungsgruppen zu erweitern und zu prüfen, ob man die Gebühren für diese Gruppen evtl. ganz erlassen kann.

**Frau Röhrig, Die Linke,** lobt die Eingabe, und hält es für wichtig allen den Medienzugang zu ermöglichen. Sie stimmt zu, dass viele sich die Beiträge leisten können, viele aber auch nicht- manche Rentner lägen mit ihrer Rente ein paar Euro über der Köln-Pass-Einkommengrenze. Ihre Fraktion möchte die Vorlage der Verwaltung mittragen und fragt, wieviel Zeit eine solche Prüfung einer gestaffelten bis kostenlosen Medienausleihe in Anspruch nehmen könne?

**Herr Wande, FDP,** führt aus, dass die FDP-Fraktion die Eingabe etwas kritischer sieht. Man kenne die Steuerschätzungen aus dem Mai, und demnach sähe die Lage nicht gut aus und es gebe derzeit andere Prioritäten.

**Herr Kreische, Klima Freunde,** wiederholt das Heinrich-Böll-Zitat aus der Eingabe: „Lesende Staatsbürger sind nicht die gehorsamsten“. Er wünscht sich, dass in dieser Prüfung des Beitragskonzepts aufgeschlüsselt wird, wie viele Personen eine Ermäßigungsgruppe ausmachen. Er weist darauf hin, dass man nicht die 0,024 Prozent des Etats betrachten könne, sondern es gebe in einer Gemeinde Pflichtaufgaben, in die viel Geld fließe, sodass die freiwilligen Aufgaben oft darunter leiden würden. Er führt aus, dass es im Deutz-Kalker-Bad eine freie Bibliothek gegeben habe, die der Unternehmer Vorster, Inhaber der Kalker Chemiefabrik gestiftet hatte. Häufig hätten große Unternehmer mit philanthropischer Gesinnung diese Einrichtungen gestiftet. Es wäre eine Idee an Unternehmen heranzutreten, um die Finanzierung der Bibliothek zu verbessern.

**Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender,** möchte hinsichtlich der Beschlussfassung betonen, dass es zunächst um einen Prüfauftrag gehe. Der Beschlusssatz soll dahingehend konkretisiert werden, dass eine Erweiterung der Ermäßigungen bzw. die soziale Staffelung der Beiträge geprüft werden. Er bittet Herrn Giesen um einen Vorschlag.

**Herr Giesen, Die Grünen,** richtet sich an den Petenten, er habe in seiner politischen Arbeit noch nie eine Petition gesehen, die so logisch und zielgerichtet auf den Punkt gebracht wurde. Er kommt zu dem Vorschlag des Beschlusssatzes: *Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe und bittet um Prüfung einer Ausweitung der*

*sozialen Staffelung, z. B. um die Einführung eines kostenlosen „Schnupperangebotes“ für Erwachsene, hier insbesondere und getrennt für wirtschaftlich benachteiligte Gruppen“.*

**Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender**, fragt, ob der Ausschuss mit der Formulierung des Vorschlages einverstanden ist oder ob es noch Änderungswünsche gibt.

**Frau Bonk, SPD**, betont, dass die Fraktion zustimmen könne, da es eine getrennte Prüfung sei und man bekäme dann auch Zahlen als Grundlage für eine weitere Entscheidung.

**Herr Erkelenz, CDU**, erklärt, dass seine Fraktion den Vorschlag der getrennten Prüfungsaufträge annimmt.

**Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender**, möchte zur Abstimmung kommen und fragt, ob der Text nochmal vorgelesen werde soll.

(Herr Giesen wiederholt den Beschlusssatz.)

**Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender** lässt abstimmen.

#### **Geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe und **bittet um Prüfung einer Ausweitung der sozialen Staffelung, z. B. um die Einführung eines kostenlosen „Schnupperangebotes“ für Erwachsene, hier insbesondere und getrennt für wirtschaftlich benachteiligte Gruppen“.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mit der Gegenstimme von Herrn Wande, FDP, mehrheitlich angenommen.

### **1.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Abstellen von Mietfahrrädern und dergleichen im öffentlichen Raum (Az.: 02-1600-14/21) 1422/2021**

*zurückgestellt*

## **2 Mitteilungen**

### **2.1 Schriftliche Mitteilungen**

#### **2.1.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO - "Fragen und Anregungen zum Ausbau von 5G" - AZ 84/21 S 2138/2021**

**Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender**, fragt ob es Fragen oder Anmerkungen zu der Mitteilung gibt.

**Frau Bonk, SPD**, äußert sich zu den Anmerkungen der Verwaltung. Das Bundesamt für Strahlenschutz fordert gesundheitliche Untersuchungen, die die Auswirkungen von 5G überprüfen. Ihre Fraktion fand es etwas überraschend, dass der Ausbau von 5G in Köln gar nicht registriert würde. Zum einen wäre ihre Fraktion daran interessiert, ob es hier gesundheitliche Gefährdung gebe, oder wenn dem nicht so sei, ob es nicht ein Thema für die Wirtschaftsförderung sei, dass Köln über dieses 5G-Netz verfüge. Die

Verwaltung schreibt, dass derzeit noch wirtschaftliche und gesundheitliche Prüfungen laufen. Sie bitte um Informationen darüber wo und in welchem Rahmen diese Prüfungen stattfinden und wer sie durchführt.

Sie bittet um Weiterleitung der Mitteilung an den Gesundheitsausschuss.

**Herr Kreische, Klima Freunde**, bittet um Weiterleitung der Mitteilung an den Digitalisierungsausschuss

**Antwort des Amtes für Informationsverarbeitung zu den o.g. Fragen von Frau Bonk, SPD**

Sämtliche anmelde- bzw. genehmigungspflichtigen Mobilfunkantennen – nicht nur 5G – werden in der EMF-Datenbank der Bundesnetzagentur eingetragen. Diese Datenbank ist öffentlich zugänglich, Kommunen haben erweiterte Möglichkeiten der Einsichtnahme. Somit wird der 5G-Ausbau in Köln zwar registriert, aber nicht bei der Verwaltung selbst.

Köln verfügt nicht über ein 5G-Netz, sondern die jeweiligen Mobilfunkprovider haben ihr jeweils eigenes Netz. Die Stadt Köln unterstützt die Provider bei dessen Ausbau und Aufrüstung auf 5G aktuell durch entgeltliche Bereitstellung von Antennenstandorten auf städtischen Dächern und Flächen. Es ist beabsichtigt, die Unterstützung auf Bereitstellung von Strom und Glasfaser zur Anbindung der Antennen auszuweiten. Dieser Ansatz wird von der Verwaltung gemeinsam mit den Stadtwerken, der Rhein-Energie und NetCologne wirtschaftlich bewertet. Die Koordination dieses Projektes obliegt städtischerseits der Breitbandkoordination (Amt für Informationsverarbeitung). Gesundheitliche Aspekte werden dabei nicht im Grundsatz geprüft, sondern sichergestellt, dass alle planerischen und kommerziellen Bewertungen strikt auf Basis der aktuell geltenden immissionsschutzrechtlichen Regelungen (BImSchG) stattfinden. Sobald es mit diesen Maßnahmen gelungen ist, ein flächendeckendes und hochleistungsfähiges 5G-Netz in Köln aufzubauen, dürfte dies auch ein Thema der Wirtschaftsförderung sein.

**Abstimmungsergebnis:**

Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen mit der Bitte um Weiterleitung in den Gesundheitsausschuss und in den Digitalisierungsausschuss.

**2.1.2 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Covid-19-Regelungen an Kindergärten und Schulen" - AZ 183/20 2274/2021**

**Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender**, stellt fest, dass es zu dieser Mitteilung keine Meldungen gibt.

**Abstimmungsergebnis:**

Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.



**2.2 Mündliche Mitteilungen**

**3 Anfragen**

**3.1 Mündliche Anfragen**

**3.2 Schriftliche Anfragen**

**3.3 Anfragen aus früheren Sitzungen**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des  
Landes Nordrhein-Westfalen**

**5 Mitteilungen**

**6 Anfragen**

Herr Derichsweiler verabschiedet alle Anwesenden in die Sommerpause und wünscht Ihnen alles Gute.

Gez.  
Max Derichsweiler

Gez.  
Julia Möller